

# Mehr Klimaschutz – aber nicht mit Doppelregulierungen!

Veröffentlicht: 23. Dezember 2024 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/mehr-klimaschutz-aber-nicht-mit-doppelregulierungen-uwe-schroeder-wildberg>

„Doppelt hält bekanntlich besser. Das scheint auch das Motto der Regulierer in Brüssel und Berlin beim Umwelt- und Klimaschutz zu sein. Beispiel Emissionshandel: Im Jahr 2005 eingeführt, hat sich das europäische Emissionshandelssystem (ETS-EU) als das zentrale Instrument in der Europäischen Union zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung etabliert – und wird auch von der Kommission als führendes Instrument genannt. Nur hält dies die Politik freilich nicht davon ab, in vielen Wirtschaftsbereichen parallele Regulierungen in Form von Verboten, Grenzwerten und Berichtspflichten einzuführen. Sinnvoll ist dies allerdings nicht.“

---

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG  
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Doppelt hält bekanntlich besser. Das scheint auch das Motto der Regulierer in Brüssel und Berlin beim Umwelt- und Klimaschutz zu sein. Beispiel Emissionshandel: Im Jahr 2005 eingeführt, hat sich das europäische Emissionshandelssystem (ETS-EU) als *das* zentrale Instrument in der Europäischen Union zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung etabliert – und wird auch von der Kommission als führendes Instrument genannt. Nur hält dies die Politik freilich nicht davon ab, in vielen Wirtschaftsbereichen parallele Regulierungen in Form von Verboten, Grenzwerten und Berichtspflichten einzuführen. Sinnvoll ist dies allerdings nicht.

Der Emissionshandel „entwickelt sich immer mehr zur Erfolgsgeschichte“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in diesem Juli mit Verweis auf Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA). Demnach haben sich in den erfassten Bereichen seit der Einführung des Systems die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa bis 2023 nahezu halbiert, in Deutschland betrug das Minus rund 44 Prozent. Zugleich werden die CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die Betreiber großer Industrieanlagen, Energieversorger und Fluggesellschaften erwerben müssen, immer mehr zu einem knappen Gut. Entsprechend ist der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent seit 2017 deutlich gestiegen.

Der Marktmechanismus funktioniert also offenkundig: Wer mehr CO<sub>2</sub> emittiert als er darf, der muss immer teurere Zertifikate dazukaufen – gut für das Unternehmen, das umwelt- und klimafreundlich agiert und deshalb Emissionsrechte auf den Markt werfen kann. Mehr als 18 Milliarden Euro an Auktionserlösen flossen durch das EU-ETS zusammen mit den Erlösen aus dem nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) allein im Jahr 2023 in den deutschen Klima- und Transformationsfonds.

Staat bestimmt den Rahmen

Der Staat legt für den Handel den Rahmen fest. Konkret: Mit Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens haben sich die Staaten auf einen CO<sub>2</sub>-Reduktionspfad geeinigt. Demzufolge werden die insgesamt noch zulässigen Emissionen immer weiter begrenzt – jeder teilnehmende Staat setzt hier also im eigenen Hoheitsgebiet ein Verbot durch. Anders ausgedrückt: Verschmutzungsrechte stellen ein immer knapper werdendes und zugleich handelbares Gut dar. Und es ist richtig und konsequent, dass immer mehr Branchen in den entsprechenden EU-Emissionshandel einbezogen werden: seit diesem Jahr der Seeverkehr, ab 2027 auch Brennstoffe, die insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor zur Anwendung kommen.

Warum weitere Regelwerke?

Wenn aber, wie das UBA feststellt, mehr als 85 Prozent der Emissionen in Deutschland vom Emissionshandel erfasst sind, wozu braucht es dann noch weitere umfassende Regelwerke und Vorgaben?

Die Autoindustrie in Europa beispielsweise ringt derzeit mit der EU-Kommission darum, dass die starren Vorgaben für die CO<sub>2</sub>-Flottenwerte gelockert oder zumindest zeitlich flexibilisiert werden, weil der E-Auto-Absatz aus vielerlei Gründen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und die Vorgaben unerreichbar scheinen. Dabei greift doch der Emissionshandel auch in dem Feld: an der Tankstelle.

Mehr Vertrauen in die Gesetzmäßigkeiten des Marktes könnte auch die Basis sein, um die überhandnehmenden Regulierungs- und Berichtspflichten für Unternehmen zu entschlacken. Nur noch Nachhaltigkeitsexperten, die mittlerweile eine eigene Branche bilden, durchblicken das Dickicht von nationalen und internationalen Regelwerken, die nachhaltiges Wirtschaften definieren und dabei die Welt quasi neu vermessen.

Markt und Klimaschutz gehören zusammen

Letztlich geht es um die Einsicht, dass Klimaschutz und Markt keine Gegensätze, sondern Verbündete sind. Sicher: Der Staat muss dabei einen verlässlichen Rahmen setzen, indem er in allen relevanten Bereichen die Emissionsrechte wie gesagt zu einem immer knapper werdenden Gut macht. Die Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sollte aber wo immer möglich durch die anpassungsfähigen Mechanismen des Marktes erfolgen. Unternehmen, die in innovative, klimafreundliche Technologien investieren und diese zu marktfähigen Produkten entwickeln, sollten diese Anstrengungen auch kapitalisieren können – durch geringere CO<sub>2</sub>-Bepreisung und (hoffentlich) steigende Umsätze dank hoher Nachfrage der Kunden.

Und natürlich braucht es auch einen vernünftigen sozialen Ausgleich für besondere Härten, von denen nicht wenige Bürger betroffen sein werden. Dies muss aber zielgerichtet erfolgen – und bitte nicht mit der Gießkanne. Grundsätzlich gehört hier auch dazu, dass die Politik darüber spricht, was die notwendige Transformation zu mehr Klimaschutz kostet und welche Umstellungen sie vielen Bürgerinnen und Bürgern abverlangen wird.

Ein klarer Ansatz, der konsequent auf den Emissionshandel als das führende Instrument setzt, wäre schlussendlich aber auch ein besserer Weg, die Bürgerinnen und Bürger in einen aktiven Klimaschutz einzubinden. Sie würden mit diesem so wichtigen Thema weniger Bürokratie und Eingriffe in die Privatsphäre verbinden, sondern vielmehr Handlungsoptionen – beim Urlaub, beim Autokauf, beim Hausbau und vielem mehr.